

Grünen-Kandidat ist nicht komplett gegen IGI Rißtal

Robert Wiest und Landesvorsitzende Sandra Detzer diskutieren online über Klimaschutz



Grünen-Landtagskandidat Robert Wiest (oben l.) und Landesvorsitzende Sandra Detzer (unten r.) diskutierten online mit Interessierten über die Klimaschutzpolitik ihrer Partei. (Screenshot: privat)

SZ

Biberach

Über Klimaschutz im Zeichen fortschreitender Erderwärmung sprach die Landesvorsitzende der Grünen, Sandra Detzer, bei ihrem digitalem Besuch im Wahlkreis Biberach. Eindeutig bekannte sich Sandra Detzer zum wichtigsten Klimaziel: „Wir machen das 1,5 Grad-Ziel von Paris zur Grundlage unserer Politik. Nur so haben wir eine Chance, die Erde für unsere Kinder und Enkel lebenswert zu erhalten“, wird sie in einer Pressemitteilung der Grünen zitiert.

Das Rezept der Grünen dafür lautet konkret: Klimaneutralität noch vor 2040. Hierfür sei es unerlässlich, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen, bei der Gebäudesanierung voranzukommen und die Emissionen im Verkehrssektor weiter zu reduzieren. Am Willen fehlt es nicht, jedoch seien auch die anderen politischen Ebenen gefordert. „Wir brauchen hier unbedingt starken Rückenwind aus Berlin und eine Einigung auf europäischer Ebene. Das Europäische Parlament hat ambitionierte Klimaziele beschlossen, jetzt müssen die Mitgliedsstaaten mitziehen“, so Detzer.

Sie verwies dabei auf Erfolge der grün-geführten Landesregierung: Der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien habe man verdoppelt, den CO₂-Ausstoß um 25 Prozent gesenkt, landeseigene Liegenschaften mit Photovoltaik ausgestattet, die Windkraft verfünffacht. Besonders beim Ausbau der Windkraft zeigte sich Detzer jedoch noch nicht zufrieden: „Hier gibt es noch einiges zu tun, aber Berlin bremst uns bisher aus.“

Wie es mittelfristig konkret weitergehen könnte, konkretisierte der hiesige grüne Landtagskandidat Robert Wiest: „Baden-Württemberg ist ein wichtiger Autostandort, in dem wir klimaneutrale Antriebe forcieren müssen.“ Hieran wird intensiv geforscht, doch auch hier sabotiere Berlin die Anstrengungen und zeige, wie wenig Einfluss die lokale CDU in Berlin habe: „Warum die Batterieforschung nach Münster und nicht nach Ulm kam, weiß keiner. Bundesforschungsministerin Karliczek betreibt hier Vetterleswirtschaft, da der Standort Ulm im Auswahlverfahren klar vor ihrem eigenen Wahlkreis, Münster, war.“ Ein regionales Batterieforschungszentrum wäre für alle Beschäftigten, die in Zuliefererbetrieben der Automobilbranche arbeiten, ein klares Signal gewesen, so Wiest: „Das Auto der Zukunft kommt klimaneutral und innovativ aus Baden-Württemberg, eure Arbeitsplätze sind sicher.“

Als eine Vertreterin der Bürgerinitiative auf das IGI Rißtal zu sprechen kam, wies Wiest, selbst angehender Förster, auf das häufig auftauchende Spannungsverhältnis zwischen Naturschutz und Umweltschutz hin: „Auf Industriegebiete werden wir nicht komplett verzichten können. Aber dort, wo es geschieht, werden wir uns für sehr hohe Standards einsetzen, riesengroße Parkplätze wird es mit uns nicht mehr geben. Im Gegenzug braucht es auf 15 Prozent der Landesfläche Gebiete, wo eindeutig das Biodiversitätsgesetz umgesetzt wird. Dort kommt es auf Artenvielfalt und ökologische Hochwertigkeit an.“

Sandra Detzer meinte abschließend: „Je stärker uns die Wähler das Vertrauen aussprechen, desto stärker können wir in den Verhandlungen für den Klimaschutz kämpfen.“
